

Rücksicht auf Geschichte(n)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst einmal ganz herzlichen Dank dafür, dass ich für würdig befunden wurde, heute die Festrede zu halten. Eine solche Einladung ist sehr schmeichelhaft, so dass man nicht im Entferntesten an eine Ablehnung denken könnte. Einen Grund für eine diesbezügliche Unhöflichkeit meinerseits gäbe es durchaus. Der gravierendste ist, dass ich nie ein Festredner gewesen bin – allenfalls ein fester Schreiber. Sie verzeihen mir deshalb die eine oder andere Unzulänglichkeit bei meinem Vortrag.

Klaus Ritt, der diesen Anschlag auf mein unbekümmertes Rentnerdasein verübt hat, habe ich bereits gesagt, dass ich auf akademisches Querdenken in diesem Vortrag weitgehend verzichten will, statt dessen aber, dem Anlass angemessen, Geschichten erzählen werde. Denn Geschichten, erlebte wie überlieferte, sind wesentliche Elemente der Geschichtsschreibung, auch wenn sie in der Rücksicht, im Nach-Denken, oder durch ideologische Verzerrungen unterschiedlich bewertet werden können. Geschichten handeln von Ereignissen, Personen, sie zeigen Hintergründe und Abgründe auf, zuweilen sind sie sogar unwichtig, allenfalls amüsant. Kurzum: Aus meinem über vier Jahrzehnte währenden Berufsleben als journalistischer Lokalmatador will ich heute nach gebührender Selbsteinkehr einiges aus dem Nähkästchen plaudern. Als ich Herrn Ritt einige Andeutungen machte und Beispiele meiner Enthüllungen nannte, entfuhr es ihm: „Oh, mein Gott“.

Diese ängstliche Reaktion und die Anrufung des Allmächtigen haben mich bewogen, meinen bereits jubilierenden Altersfuror zu unterdrücken und meiner Altersmilde in dieser Fest-rede – oder, soll ich sagen, meiner Rest-fehde – den Vorzug zu geben. Ich werde also, wo es geboten erscheint, zwar die Dinge, aber nicht die Personen beim Namen nennen – zur Vermeidung von Missverständnissen, Majestätsbeleidigungen und strafrechtlicher Verfolgung, von einer Duellforderung ganz zu schweigen.

Wir leben hier in der Provinz, und die Darsteller auf der Bühne sind uns näher als uns zuweilen lieb ist. Es ist doch viel leichter, aus der Distanz das Paarungsverhalten eines südeuropäischen Präsidenten zu karikieren als eine Satire über seltsame Freizeitaktivitäten eines Wetterauer Bürgermeisters zu schreiben. Dem einen müssen Sie nämlich schon bald wieder in die Augen schauen oder Seit an Seit der Herrentoilette des Sportheims stehen.

Außerdem lasse ich offen, ob sich die Geschichten tatsächlich so zugetragen haben. Wie ja allgemein bekannt, ist die Wahrheit das Stiefkind der Presseleute – meistens nur deshalb, weil man ihnen diesen Balg zur gefälligen Adoption anvertraut.

Jedenfalls würde auch ich die eine oder andere Geschichte gar nicht glauben – wenn ich sie nicht selbst erlebt, pardon: erfunden hätte.

Ein wichtiger Grund für meine Zurückhaltung ist auch die Furcht vor Sanktionen, wie sie meine Kollegen Anno Tobak erdulden mussten. Denn schon damals war die Arbeit eines Schreibers konfliktbeladen und voller Gefahren. Es waren die so genannten Sitzredakteure, die im Impressum an erster Stelle erschienen – allerdings nicht wegen ihrer herausragenden Position. Die Nennung eines Sitzredakteurs wurde mit dem Aufkommen der ersten Presseprodukte von der Zensur vorgeschrieben. Auch das Reichspressegesetz von 1874, das die Zensur aufhob, sah diese Vorschrift als Mittel zur Pressekontrolle vor. Bei Gesetzesverstößen innerhalb einer Publikation wurde die genannte Person zur Verantwortung gezogen. Da regierungskritische Publikationsorgane nicht das Risiko eingehen wollten, ihren Chefredakteur oder andere Redakteure für längere Zeit zu verlieren, wurden als verantwortliche Redakteure Personen genannt, auf die die Redaktion leichter verzichten konnte. Diese Personen erhielten daher den Namen „Sitzredakteur“, weil sie stellvertretend für andere Redakteure und Journalisten die Strafen absitzen mussten.

Heute wird der Redaktionschef im Impressum an erster Stelle geführt, er steht gewissermaßen mit einem Bein im Knast.

Ich habe aber nicht die Absicht, mich in Butzbach in eine Zelle einquartieren zu lassen, nur weil ich einer gewissen Eitelkeit nachgegeben habe und Ihnen Dinge ausplaudere, die ich in meinem bislang ungeöffneten Tresor der Erinnerungen behalten wollte und die das Rad der Geschichte längst überrollt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Geschichte im allgemeinen Sinn bezeichnet alles, was bereits geschehen ist in dieser Welt. Oft genug ist darüber nichts Erbauliches zu berichten. Schon in der Bibel steht wenig Gutes über den menschlichen Charakter, denken wir nur an Adam und Eva und später an Kain und Abel. Bei mir geht es heute zum großen Teil ums zwanglose, humorvolle Erzählen, sozusagen um die Leichtigkeit der erlebten ländlichen Possierlichkeiten. Ich rede nicht über

städtische Haushalte, über Schuleinweihungen, Straßenprojekte, Investitionsmaßnahmen, Firmenpleiten oder Theateraufführungen, das wäre allzu langweilig an dieser Stelle. Auch aktuelle Probleme der veränderten Medienwelt, oder die Geschichte des Pressewesens – obwohl heute angebracht – oder die neue elektronische Kommunikationsgesellschaft sind nicht meine Themen. Hier offenbart sich der ewige Konflikt des Journalisten: Was wichtig ist, muss nicht interessant sein, und was interessant ist, ist oft genug unwichtig.

Ich versuche erst gar nicht, in meiner Rückschau publizistische Wertigkeiten zu beachten und bei der Auswahl medialer Kategorien Prioritäten richtig zu setzen, gar ein staubtrockenes Seminar zu halten. Vielmehr flüchte ich mich in Unter- und Übertreibungen, sogar in die Ironie, obwohl Psychologen meinen, Ironie sei die letzte Phase der Enttäuschung. Ein enttäuschter Redaktionschef bin ich aber keineswegs, ganz im Gegenteil, ich hatte viel Freude an meinem Beruf, wenngleich er viel Energie, Nervenstärke und Charakter erfordert. Es ist überhaupt die beste Profession, die ich mir vorstellen kann. Man hat bei Veranstaltungen meistens freien Eintritt, wird öfters bestens verköstigt, darf mit Promis plaudern, wird von Politikern hofiert, kann unzählige Presserabatte in Anspruch nehmen, kann seine angeborene Neugier, ja seinen Voyeurismus beruflich begründen, muss morgens nicht so früh aus den Federn und wird für alles auch noch gut bezahlt. Das alles wiegt das negative Image des Journalisten auf, der nur über ein dürftiges Halbwissen verfügt, faul ist und viel trinkt, unmoralisch ist und gefällig, außerdem nur eine niedrige Lebenserwartung hat. Zwei meiner Vorgänger und ein Verlagsleiter haben bereits mit 58 Jahren das Zeitliche gesegnet.

Bei der Rückschau auf meine abwechslungsreichen Berufsjahre ist mir einiges durch den Kopf geschossen, sogar vieles, was längst altersbedingter Vergesslichkeit anheim gefallen schien; schließlich hat meine Festplatte im Oberstübchen schon einige Megabyte eingebüßt. Insofern haben meine Rücksichten auch etwas von Zufälligkeit und weniger von systematischer Ordentlichkeit.

Meine Damen und Herren,

wir alle wissen und schätzen, dass Medien, auch Zeitungen von regionalem Zuschnitt, eine wichtige soziale Funktion erfüllen. Sie sind Ausdruck der in Rechtsstaaten garantierten Meinungsfreiheit und eine wichtige Institution der politischen Öffentlichkeit. Denken Sie nicht, dass dieser fundamentale Satz nur für überregionale Blätter, für Rundfunk und Fernsehen gilt und unsere

Provinz zumeist langweilige Geschichten hervorbringt oder hervorgebracht hat. Da gab es manche politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erschütterungen, über die geschrieben wurde – und in der Folge davon manche Bedrängnisse für die Protagonisten und die Journalisten. Wie überall kreuzen sich auch hierzulande die Wege unterschiedlichster Menschenkinder aus unterschiedlichsten Bereichen – da sind Verträumte, Verschlagene, Betrüger, Heilige, Dummschwätzer, Verständnisvolle, Intelligente, Besonnene, Radikale... – und klar: Männlein und Weiblein. Mit allen haben wir es im täglichen Umgang zu tun. Da ist es nicht übertrieben, wenn ich behaupte, dass sich ein Redakteur in einem Zustand von emotionalem Dauerstress befindet. Die Welt ist voller Tollheiten, in der Provinz kommen noch die Tollitäten dazu.

Nichts liegt mir aber ferner, als mich vom postjournalistischen Hochsitz moralisch über Mitmenschen zu erheben. Ich bin sicher, dass Sie bei meiner Geschichtsstunde bzw. Geschichtenstunde je und je auch mein Augenzwinkern und meinen Schalk im Nacken bemerken. Glauben Sie nicht alles, ich glaub' es ja manchmal selbst nicht.

Journalisten und Gewalt

Eine erste einschneidende Erfahrung für den Volontär war ein kurz vorher erfolgter brutaler Anschlag auf die Freiheit der Meinungsäußerung. Zwei WZ-Redakteure hatten sich etwas despektierlich über den Bürgermeister einer Nachbarstadt geäußert und auch jede Entschuldigung abgelehnt. Dass die beiden an einem bestimmten Tag eine Gaststätte aufsuchten, um dort an einem Fußballerstammtisch teilzunehmen, war dem Bürgermeister bekannt, außerdem, dass er den beiden schwächlichen Schreiberlingen körperlich weit überlegen war. In seiner Jugend hatte er bei der örtlichen Brauerei Fässer ausgefahren und soll auch dem Ring- und Stemmclub angehört haben. Sie können sich denken, was passierte. Die beiden Kollegen fanden sich an besagtem Abend urplötzlich nach zwei gezielten Fausthieben im Chausseegraben wieder. Erste Zweifel über die Kraft der Vierten Gewalt im Staate stellten sich bei mir ein. Denn das Kräfteverhältnis war hier offensichtlich zugunsten der Exekutive deutlich verschoben. Das kann ja heiter werden, dachte Volontär (ch). Und es wurde heiter.

Ein anderes Mal war ein gerade in die Wetterau gezogener und ob seiner offensichtlichen Klugheit sofort zum Fraktionschef gekürte Mann das Opfer roher Gewalt. Er war einer der immer noch zahlreichen Politiker mit idealistischer Grundhaltung, aber ohne ausgeprägten Sinn für das Praktikable im Dorf. Wenig klug hatte er in einer Gemeindevertretersitzung –

also öffentlich – gerügt, dass die politischen Matadore im Dorf sich wie selbstverständlich im Bauhof bedienten, wenn bei ihrem Hausbau es gelegentlich an Material fehlte. Auch in diesem Fall wurde rohe Gewalt gegen die Kraft der Worte eingesetzt: dem zugereisten Sonderling wurde nachts aufgelauret und nicht nur der Anzug verbeult.

Auch Redakteure blieben in meiner Zeit von Gewalt und Gewaltandrohungen nicht verschont, das reicht von diversen Bombendrohungen bis zu handfesten Auseinandersetzungen. Ausgerechnet mir, jeglicher Gewalt abhold, wurde eines Nachts ein Backstein in die Windschutzscheibe geschleudert, ein andermal waren zwei Reifen platt gestochen oder der Lack meines Wagens zerkratzt – aber das konnte auch eine private Abrechnung gewesen sein.

Es wäre völlig unangemessen, diese banalen Geschichten mit den gewaltsamen Übergriffen in Verbindung bringen, denen Journalisten heute in aller Welt ausgesetzt sind. Jedes Jahr werden Dutzende von kritischen Kollegen – nicht nur in totalitären Staaten – verfolgt und gar kaltblütig ermordet, denken Sie nur an die russische Journalistin Anna Politkowskaja, die an ihrem Moskauer Wohnsitz von Unbekannten erschossen wurde, die Täter laufen immer noch frei herum. Das Komitee zum Schutz von Journalisten (Committee to Protect Journalists, kurz CPJ) hat in diesem Jahr eine Liste mit den gefährlichsten Ländern für Presseleute aufgestellt. An erster Stelle steht zwangsläufig der Irak, es folgen Sierra Leone, Somalia, Sri Lanka, Kolumbien, die Philippinen, Afghanistan, Russland und Pakistan. In vielen Ländern, auch in solchen mit gesetzlich festgeschriebener Pressefreiheit, gehören Morde an Journalisten zum normalen Geschäft vornehmlich von Auftragskillern. In diesem Jahr wurden bereits weltweit 30 Journalisten ermordet, 30 werden vermisst.

Und dann der Krieg: Allein im Irak haben seit 2003 139 Journalisten und 51 ihrer Mitarbeiter ihr Leben verloren. Von 1992 bis heute sind laut einer Statistik des CPJ weltweit 742 Journalisten getötet worden, 72 Prozent davon fielen Mörderhänden zum Opfer. Ende vergangenen Jahres saßen außerdem 125 Journalisten hinter Gittern, vornehmlich Online-Journalisten übrigens, die die neuen Medien zu regime-kritischer Berichterstattung nutzen.

Auch in Deutschland waren Journalisten – und nicht nur sie – noch bis vor zwanzig Jahren in der DDR und davor im Nazi-Deutschland von Repressalien der Mächtigen bedroht. Hier und überall gab es bewundernswerte Kollegen und natürlich auch Menschen aus anderen Berufsgruppen, die sich trauten, dem Regime die Stirn zu bieten. Die meisten

sahen keine andere Möglichkeit, als sich an die politischen Gegebenheiten anzupassen, ohne sich dabei die Finger schmutzig zu machen. Ich verurteile solche Menschen nicht. Ihnen vorhalten, sie hätten keinen Mut zum Widerstand gehabt, soll nur der, der selbst Verdienste auf diesem Gebiet vorzuweisen hat. Es ist nicht jeder zum Helden geboren. ——— Allerdings: Mit *Rückgrat* ist jeder ausgestattet.

Diese ganz persönliche Meinung sei mir an dieser Stelle einmal gestattet.

Als lokaler Berichterstatter lebt es sich doch eher gemütlich, man steht zwar gelegentlich auch auf einer Liste missliebiger Personen, angedrohte Konsequenzen sind aber nicht lebensbedrohlich.

Womit wir beim Thema Pressefreiheit wären.

In unserem und anderen demokratischen Staaten ist das Recht auf Pressefreiheit in der Verfassung garantiert. In Deutschland bestimmt Artikel 5 des Grundgesetzes, dass eine Zensur nicht stattfindet. Danach hat jeder das Recht, sich ungehindert zu informieren und seine Meinung frei zu äußern. Auf der hierdurch garantierten Pressefreiheit fußt der gesamte Prozess der demokratischen Meinungs- und Willensbildung.

(In Deutschland wurde praktisch seit 1440 mit der Erfindung des Buchdrucks Zensur ausgeübt. Auf dem Reichstag zu Speyer wurde die Zensur 1529 in einem Reichsgesetz sogar verankert. Auf die Geschichte der Zensur will ich aber nicht weiter eingehen).

Zumal für eine kleine Zeitung kann es durchaus problematische Einschränkungen ihrer publizistischen Unabhängigkeit geben. Es wäre ja beispielsweise denkbar, dass sich ein Anzeigenkunde mit einem sechsstelligen Jahresbudget nicht ganz gesetzeskonform verhält, weil in einer Wetterauer Filiale Angestellte abgehört werden oder Produkte mit einem neuen Verfallsdatum versehen werden. Fragen Sie bei der Geschäftsleitung nach einer Stellungnahme, wird mit Sicherheit mehr oder weniger diskret auf das Anzeigenvolumen hingewiesen. Ein schwerwiegender Interessenkonflikt – nicht nur für die kleinen Verlage, wie ein Beispiel aus der Vergangenheit belegt:

Ein ehemaliger Spiegel-Redakteur, der in den sechziger Jahren kritische Artikel über deutsche Wirtschaftsunternehmen veröffentlichte, verlor seinerzeit den Job, als die geballte deutsche Wirtschaft mit einem Anzeigenboykott drohte.

Erst recht könnte eine Regionalzeitung mit einem überschaubaren Etat kaum auf einen großen Anzeigenauftrag verzichten, wenn ihre Existenz auf dem

Spiel steht. Zum Glück bin ich nie in die Verlegenheit gekommen, mit meinem Chef ernsthaft zu erörtern, ob wir auf einen sehr guten Anzeigenkunden Rücksicht nehmen müssen. Natürlich kam es vor, dass uns mehr oder weniger lukrative Aufträge entzogen wurden. Ähnliches gilt und galt für Abonnenten. Es macht schon etwas aus im täglichen Geschäft, wenn 300 Mitglieder eines Vereins plötzlich ihr Abo kündigen, weil die Zeitung sich nicht zum Büttel des Vorsitzenden machen wollte.

Die Redakteure sind regelmäßig kleineren und größeren Pressionsversuchen ausgesetzt, sei es durch einen Parteichef, einen Unternehmer, einen Verein, einen Verbandsvertreter, einen Bürgermeister oder Rechtsanwalt. Da sind mitunter gute Nerven gefragt, um Verständnis dafür zu wecken, dass die gewünschte Berichterstattung oder Nichtberichterstattung an grundlegenden journalistischen Regeln scheitern muss. Das Ansinnen oder: der Anspruch auf Sonderbehandlung beginnt oft oft mit Einleitungen wie: *Wir sind 500 Mitglieder im Verein, Wir geben im Jahr für 5000 Euro Anzeigen auf oder: Ihr traut Euch ja doch nicht, meinen Leserbrief zu veröffentlichen.*

Heute wird auch von einem Lokalredakteur verlangt, PR-Artikel zu schreiben, also Gefälligkeitsberichte für Anzeigenkunden zu verfassen – denken Sie an Geschäftsaktivitäten oder Firmenporträts. Üblicherweise wird diese werbende Veröffentlichung – auch bei der WZ – auf gekennzeichneten Sonderseiten platziert. Journalisten haben sich lange gegen diese berufsfremden Lobhudeleien gestraubt. Aber Sie wissen schon: Der Rubel muss rollen. Die „Schuld“ an solchen Entwicklungen ist nicht nur den Unternehmen zu geben, die oft ein „Zubrot“ zum Anzeigenauftrag erwarten. Auch die Anzeigenvertreter der Verlagshäuser sind in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten geradezu gezwungen, bei Unternehmen anzuklopfen, um vorgefertigte, überzeugende Pakete aus Inseraten, Bannern und journalistischen Artikeln zu verkaufen.

Die Grundfesten der Pressefreiheit sind hier ja keineswegs erschüttert, auch dann nicht, wenn etwa bei Vereinsberichterstattung viel Wohlwollen an den Tag gelegt wird. Aber es ist schon lästig, wenn es im Ort oder in Nachbarorten konkurrierende Vereine gibt, die akribisch Zeilen und Bilder zählen und uns mit ihren Statistiken unter Druck setzen, weil der andere Verein angeblich bevorzugt wird. Wir kennen die Eifersüchteleien ja, hier gibt es zwei Jugendstilvereine, dort zwei Gesangsvereine, von den vielen Sportvereinen ganz zu schweigen. Am humorlosesten sind übrigens die Narren.

Gescheitert ist bisher der Versuch – auch das hat wohl im strengsten Sinn etwas mit Pressefreiheit etwas zu tun – realistische, wahrheitsgetreue Berichte über den Ablauf von Fastnachtssitzungen abzudrucken. Ein einziges Mal hat sich ein Redakteur gewagt und sich über indisponierte Funkenmariechen, zotige Büttenreden und stimmungstötende Präsidenten ausgelassen. Ich kann Ihnen sagen... Helau! Wenn es eine Mehrfachsteigerung von humorlos gibt, dann heißt sie Fastnachtstunktionär.

Die Wogen hatten sich im nächsten natürlich wieder Jahr geglättet, als wir über zündende Vorträge, gelungene Angriffe auf Zwerchfelle, fernsehreife Auftritte der Garde und einen hochstimmungsvollen Sitzungsabend berichteten, der keine Wünsche offen ließ. Was das mit Pressefreiheit zu tun hat? Nun, auch der Berichterstatter hat die Freiheit, bei solch belanglosen Ereignissen die in bester Absicht agierenden Personen mit wohlwollender Nachsicht zu beglücken.

Die WZ und ihre „Spiegelaffäre“

Wenden wir uns einem ernsteren Kapitel zu. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* hatte seine Affäre, die ja eher eine Strauß-Adenauer-Affäre war. Die junge Demokratie schien damals 1962 in ihren Grundfesten erschüttert. Es ging, wie Adenauer sagte, um einen „Abgrund von Landesverrat“. Die SPIEGEL-Affäre gilt bis heute als großer Sieg der Pressefreiheit und als ein Wendepunkt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die WZ hatte eine ähnliche Affäre, von zunächst kreispolitischer, in ihrer hitzigsten Form der Auseinandersetzung auch von landespolitischer Brisanz. Die politische Landschaft in unserem Kreis war monatelang wie von einem mittleren Erdbeben erschüttert, ging es doch auch hier um freie Meinungsäußerung, vermeintlichen Rufmord und mutmaßliche polizeistaatliche Eingriffe in die Pressefreiheit. Die Geschichte hatte lange unmittelbaren Einfluss auf die gegenseitigen Befindlichkeiten von Journalist und Politik. Kurz rekapituliert: Als im Jahre 1965 ein Bad Nauheimer CDU-Stadtverordneter den damaligen Landrat Erich Milius, er gehörte der SPD an, in einer –wohl gemerkt – Anzeigenserie mit kritischen Fragen attackierte, unter anderem wegen eines umstrittenen Grundstückskaufes und seiner Mitgliedschaft in der NSDAP, antwortete der in höchsten Maße angestochene Wetterauer Landesfürst mit schwerstem juristischen Kaliber, polizeistaatlichen Aktionen, verbalen Missgriffen und ungehörigen Drohgebärden gegenüber der WZ. Inhaftierungen von Journalisten blieben glücklicherweise aus, aber der staatliche Bedrängungs- und Züchtigungsapparat, kriminalpolizeiliche Ermittlungen und einstweilige Verfügungen schränkten vorübergehend die

Berichterstattung der WZ ein. Der damalige Chefredakteur der WZ, Dr. Hans Rempel, sah sich zu einer geharnischten, halbseitigen Stellungnahme in der WZ gezwungen, in der er unter anderem schrieb: *„Meint Herr Milius wirklich, dass die Wetterauer Zeitung wegen gelegentlicher Anzeigenaufträge des Landratsamtes ... sich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten zu entäußern habe? Sind wir eine, ... mit gnädigst erteiltem Privileg eines Duodezfürsten von Friedberg erscheinende Hof-Zeitung?“*

Die gerichtliche Auseinandersetzung endete nicht unbedingt nach dem Gusto des Landrates, da das Urteil weitestgehend dem Grundrecht der Meinungsfreiheit Vorrang einräumte vor der grenzwertiger Schmähkritik des Politikers. Der angeklagte Bad Nauheimer blieb nahezu unbehelligt. Der Landrat ließ danach durch seinen Anwalt Urteilsschelte betreiben, bezeichnete den Angeklagten als indifferent und labil und *„von Hintermännern gesteuert, die geradezu heimtückisch ihr persönliches Süppchen kochen wollten, ohne sich selbst die Finger zu verbrennen.“*

Angesichts dieser hochherrschaftlichen Hybris konnte man durchaus Parallelen zur Spiegel-Affäre erkennen. Und auch das: Am Horizont dräuten bereits die dunklen Wolken der 68er-Protestbewegung.

Nun, die Wogen glätteten sich wieder, und später entwickelte sich zwischen dem kunstfreudigen Landrat und der WZ-Redaktion, namentlich zu mir, ein solch entspanntes, ja freundschaftliches Verhältnis, dass Milius sogar regelmäßig gescheite und kenntnisreiche feuilletonistische Aufsätze oder Anekdoten aus seiner Landratszeit in der WZ veröffentlichte. Milius genoss, ähnlich wie Bad Nauheims Bürgermeister Herbert Schäfer, hohes Ansehen in der Öffentlichkeit, beide waren politische Vaterfiguren. Aber, wie man sieht: Gelegentlich entkleiden das Amt oder die Stellung den Menschen von kritischer Selbstbespiegelung. Das gilt, und das kann man gar nicht oft genug festhalten, natürlich auch für Journalisten, denen bewusst sein muss, dass sie ein hohes Maß an Verantwortung für unsere Gesellschaft haben.

Was uns zum nächsten Punkt führt: Politiker und Journalisten

Die Wechselbeziehung zwischen dem Journalisten und dem Politiker ist das spannendste Kapitel überhaupt im Leben und Wirken eines Schreibers, zumal in der Provinz. Spannend auch deshalb, weil zwangsläufig Spannungen zwischen beiden Parteien auftreten müssen. Eine gesunde Distanz zwischen Politik und Medien sollte ohnehin der Normalfall sein. Andernfalls entsteht der Verdacht der Kungelei und der Hofberichterstattung. Als mich einmal ein Politiker für einen Artikel öffentlich lobte, entgegnete ich

ihm, dass ich ein solches Lob für eine subtile Form des Rufmords hielte. Der Dorfmatador verstand meinen hintergründigen Humor nicht. Worauf ich noch einen draufsetzte und meinte, Journalisten brauchten kein Lob, Eitelkeiten gingen ihnen nämlich völlig ab – ähnliches gelte ja bekanntlich auch für Politiker.

Ich halte es für unangebracht, wenn Journalisten ein Parteibuch haben. Wenn ich weiß, dass Herr Müller-Lüdenscheid der Partei XY angehört und im Fernsehen eine politische Talkshow moderiert (Show!), bekomme ich schon Bauchschmerzen. Auch ein Journalist hat selbstverständlich eine politische Meinung, mit einem Parteibuch nährt er aber – auch unberechtigte – Zweifel an seiner Objektivität. Da bin ich sehr puristisch. Die Bauchschmerzen habe ich natürlich auch in meiner Zeit als Redaktionsleiter gehabt – und zuweilen eingreifen müssen, um den Versuch einer allzu plumpen, wenn auch nachvollziehbaren, subjektiven Darstellung zu unterbinden. Journalisten sollen mehrere Meinungen verbreiten, viele Politiker wollen nur eine im Blatt sehen. Das ist schon ein Grunddilemma. Der eine oder andere Bürgermeister oder Parteiboss hat mich des öfteren allen Ernstes gefragt, ob man diesen „Mist“, den sein politischer Gegner verzapft habe, unbedingt publizieren müsse. Was er meinte: Vorrangig sollten doch seine Glocken der Verheißung geläutet werden. Diese Erwartung wird oft verbunden mit abschätzigen Äußerungen etwa über unsere Geflügelzuchtvereine. Dem ist ein kluger Satz von Hermann Hesse in einer Betrachtung über einen Geflügelzüchter entgegenzuhalten: *„Einer, der sich für die naivsten Ideale der Welt hinzugeben bereit ist, ist mir viel lieber als jemand, der über alle Gesinnungen und Ideale klug zu reden versteht, aber für keines auch nur zum kleinsten Verzicht fähig wäre.“*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir sind noch beim Kapitel Journalisten und Politiker. Bei einer Bürgermeisterwahl – ich verrate auch hier nicht, welche – entstand die absurde Situation, dass der Kandidat Z, den die beiden großen Parteien X und Y eigentlich aus dem Amt entfernt hatten – genauer gesagt: das Amt wurde von ihm entfernt –, dennoch zum Bürgermeister gewählt wurde. Schuld an dem Desaster war natürlich die WZ, die den Kandidaten Z bevorteilt habe. Also gab es Proteste und offizielle Beschwerdebriefe der Parteien X und Y, die selbst grandios versagt hatten, weil sie keine überzeugenden Kandidaten präsentieren konnten. Der Gipfel der Groteske war danach das Lamento des frisch gewählten Bürgermeisters, der – trotz deutlicher Wählerzustimmung – unserem Blatt eine Kampagne gegen sich ausgemacht hatte. Bei dieser Konstellation der Befindlichkeiten der

politischen Kombattanten kann die Berichterstattung nicht allzu einseitig gewesen sein.

Eine der perfiden Methoden, einem ungefügigen Journalisten etwas anzuhängen, ist übrigens ein Schreiben an den Chefredakteur, mit der unwahren Behauptung, es sei ja allgemein bekannt, dass er ein bestimmtes Parteibuch besäße. Ich selbst war mehrfach Ziel solcher Schofeligkeit. Politiker, die es für strategisch nützlich halten, mit Verleumdungen zu arbeiten, handeln dumm. Es könnte ja durchaus sein, dass der Journalist ein bisschen nachtragend ist. Im Laufe meines journalistischen Berufsweges habe ich viele Politiker unterschiedlicher Prägung kennen gelernt, so dass ich mich – ich bin ja auch ein ganz normaler Wahlbürger – je nach Person oder Programm immer unterschiedlich weit entfernt fühlen musste von dieser oder jener Partei. Wer ist schon im Alleinbesitz von Patentrezepten? Ist es nicht so, dass man in allen demokratischen Parteien Facetten erkennen kann, die, zusammengenommen, ein dem Ideal nahekommendes Bild ergeben?

Wenn eine Partei oder ein Politiker nicht zutreffend in der Öffentlichkeit dargestellt werden, mag das durchaus auch ein Problem der Medien sein, vorzüglich derer mit einer politische Ausrichtung. Einer, der trotz seiner heutigen Rolle als Zeitungsmacher, eine kritische Einstellung zur Presse hat, ist Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Mitherausgeber der „Zeit“. In dem von ihm und seinem Kollegen Giovanni di Lorenzo veröffentlichten Buch „Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt“ disqualifiziert Schmidt, der sich, das sei auch einmal deutlich gesagt, gerade durch seine selbstgerechte Art als einer der ersten Politiker in Deutschland ganz bewusst und gekonnt der Medien bedient hat, namentlich Fernsehmacher als „Wichtigtuer“. Und sagt weiter: *Politik gibt es seit Tausenden von Jahren, in Europa schon seit den alten Griechen auch demokratische Politik. Damals gab es weder Zeitungen noch Umfragen. Diese relativ neuen Erscheinungen verleiten Politiker, Dinge um des Effekte willen zu sagen. Im alten Athen sprachen die Politiker zu den auf dem Marktplatz versammelten Bürgern, und nach einer Debatte fällten diese sogleich die endgültige Entscheidung. In der heutigen Massengesellschaft ist die Unmittelbarkeit der Wirkung eines Politikers durch die Medien gestört. Sie heißen mit Recht „Medien“, weil sie dazwischenstehen. Unsere Demokratie ist etwas anderes geworden. Die Massenmedien spielen eine Riesenrolle – nicht nur eine gute, bisweilen eine üble Rolle.“*

Ich meine, hier übertreibt er ein bisschen, denn es wird niemand gezwungen, sich vor einem Mikrofon oder im Zeitungsinterview zu verstellen. Meine Erfahrung: Politiker, die authentisch reden und handeln, sind die glaubwürdigsten und damit auch populärsten.

Die Zeitung und der Boulevard

Man wird der Heimatzeitung gewiss nicht vorwerfen können, dass ihre Mitarbeiter in der Manier aufdringlicher Paparazzi bekannten Frauen und Männern nachstellen. Gelegentlich ist es aber geradezu Chronistenpflicht, den Fotoapparat in Anschlag zu bringen, etwa wenn unser verehrter Regisseur Dieter Wedel im Cafe Müller seine Marzipantorte genießt oder wenn Michael Schumacher oder andere Sportprominenz bei Doktor Peil auftauchen, um sich ihre Gliedmaßen richten zu lassen. An eine Episode, die weitgehend unbekannt war, möchte ich an dieser Stelle erinnern, zumal unser heutiger Laudator Bernd Rohde Ziel einer paparazziähnlichen Aktion war. Er wird Ihnen weitere Einzelheiten gerne erzählen können. Es war im Sommer 1981, als die CDU auf Kandidatensuche für den Bürgermeisterposten war und Bernd Rohde zur Vorstellung ins Waldhaus gebeten hatte. Mein Kollege SY bekam Wind von der Sache und wollte ein exklusives Foto schießen. Das Fenster des Versammlungsraumes war aber nur aus dem Gipfel einer nahen Kastanie einsehbar – also erklimm SY den Baum und legte sich auf die Lauer – freilich ohne Erfolg, die Story in der WZ blieb unbebildert. Immerhin schaffte es der Kollege, die Klettertour ohne großen Schaden an Körper und Kamera zu überstehen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein paar Anmerkungen zu dieser, ich möchte sagen, Abart des Journalismus, nämlich dem auflauernden Journalismus, der Promis und Möchtegernpromis per Fotoklick zur Strecke bringen will.

Die Anstrengung des Kollegen SY hatte ja so gar nichts mit der unappetitlichen Jagd der Paparazzi zu tun, aber glauben Sie mir, dass auch wir des Öfteren bedrängt wurden, private Fotos oder Geschichten unserer Wetterauer Politprominenz zu veröffentlichen. Denn nicht nur ein bayerischer Ministerpräsident ist außerehelichen Abenteuern nicht abgeneigt. Besonders heikel ist es, wenn Journalisten zu Mitwissern, ja Mittätern privater Eskapaden werden, was oft auch eine ganz subtile Falle oder ein Test auf die Berechenbarkeit des Schreiberlings ist. Zu vorgerückter Stunde nach einem Termin in einem Festzelt fragte mich einmal ein Verwaltungschef, ob ich ihn nicht nach Hause fahren könnte, wir hätten doch den gleichen Weg. Welch eine Überraschung: An diesem Abend hatte ich nicht nur den überaus bekannten Politiker, sondern auch eine mir bekannte attraktive Dame zu deren Etablissement zu kutschieren. Für die Bunte oder die Gala war die

Sache viel zu provinziell, eine Personalie in der WZ wäre indes ein Vertrauensbruch bzw. die Indiskretion eines Mitwissers gewesen.

Sie sehen, wir Journalisten werden oft in schwerste Gewissenskonflikte gestürzt. Wie soll man sich verhalten, wenn man von einer pikanten Geschichte zwischen zwei Menschen aus unterschiedlichen politischen Lagern hört. Eine Affäre zwischen Nicolas Sarkozy mit Angela Merkel würde schnell publik, aber wir sind ja hier nicht auf dem Berliner oder Pariser Parkett. Meine Devise war stets: Wer im Privatleben anderer Menschen wühlt, kann sich nicht auf ein öffentliches Interesse und das Informationsbedürfnis der Leser berufen. Im schlimmsten Fall haben Veröffentlichungen dieser Art sogar zu Tragödien geführt. Wir sprechen auch hier von der Verantwortung der Medien.

Sensible Zurückhaltung ist natürlich auch geboten bei der Behandlung grausamer Gewaltverbrechen oder schrecklicher Unfälle. In diesem Zusammenhang erwähne ich eine weitere Geschichte, die auch zeigt, wie manche Journalisten „ticken“, die fast täglich unemotional über Tod und Leid berichten. Ein freiberuflicher Polizeireporter hatte sich ein fotografisches Horrorkabinett angelegt, in dem er Szenen schlimmster Art in einem Album festhielt: Mordopfer, Unfalltote, Selbstmorde. Ich sage Ihnen, ein schlimmes „Bilderbuch“, eine abstoßendes Beispiel von Perversität, vielleicht auch und Abgebrühtheit. Möglicherweise hatte der Mann aber einen genetisch begründeten Defekt: Einer seiner Vorfahren war der berühmte „Seeteufel“ (und spätere Schriftsteller) Felix Graf von Luckner.

Ich komme noch einmal selbstkritisch zurück auf Boulevardjournalismus und muss zugeben, dass wir hin und wieder nicht der Versuchung widerstehen konnten, sich unseriöser Stilmittel wie der unterhaltenden Übertreibung und Dramatisierung zu bedienen. Als in der Kreisstadt einstmal ein bordellähnliches Etablissement brannte, eigentlich schwelte es dort mehr, juckte mich das journalistische Fell. Kaum eine eindeutige Zweideutigkeit wurde ausgelassen. Ich schrieb etwa über mögliche Glutnester und den Durchmesser der eingesetzten Wasserrohre. Die Reaktionen der Leserinnen und Leser waren zwiespältig und reichten von *köstlich* bis *unanständig*. Immerhin kam ich ins Grübeln und dachte darüber nach, ob ich den Bericht nochmals so ähnlich schreiben würde. Zum Glück wurden die Brände in Wetterauer Bordellen seltener.

Boulevardesk war auch ein Beitrag in unserer Fastnachtsausgabe Wetterauer Wäschbütt, in der ich eine Politikerin aus dem grünen Lager in einer Fotomontage leicht bekleidet beim Sonnen abbildete. Für diesen

frauenfeindlichen „Akt“ – Sie bemerken den wahren Wortsinn – wurde mir vom Wetterauer Frauenbündnis der goldene Gartenzwerg verliehen; es war das letzte Mal, dass diese Auszeichnung vergeben wurde, ich bin der ultimative Preisträger. Der goldene Gartenzwerg hat einen Ehrenplatz in meinem Arbeitszimmer. Mein Ansinnen, anlässlich der Preisverleihung eine Laudatio auf mich selbst halten zu dürfen, wurde damals vom Frauenbündnis mit Missachtung gestraft.

Ich komme noch einmal auf den Kollegen SY zurück, dem es nicht nur einmal gelang, die Leser der WZ zu verwirren. Sie kennen die tägliche Guten-Morgen-Spalte, eine persönliche Ansprache in Form einer Lokalspitze bzw. Glosse. In Nachbleisatz- und vorelektronischen Zeiten wurde der auf Papier vorgedruckte Kolumnentitel „*Guten Morgen, liebe Leser*“ vom Layouter bei der Gestaltung der Seite jeweils über den Text des Redakteurs geklebt. Kollege SY hatte etwas übermütig, entweder zur Erheiterung der Layouter oder aus Ärger über eine Leserbeschwerde, seine Glosse mit „*Guten Morgen, liebe Grützköpfe!*“ überschrieben – in der Annahme, dass die Anrede natürlich abgeschnitten und ausgetauscht würde. Der Techniker indes dachte, der Redakteur wird sich dabei schon etwas gedacht haben und ließ die Überschrift stehen. Die Leser reagierten irritiert.

Sehr geehrte Grützköpfe, pardon, sehr geehrte Damen und Herren, wir fahren jetzt gewissermaßen ein aktuelles Thema an:

Die Politiker und die Dienstwagen

Wie wir alle wissen, hatte eine deutsche Ministerin kürzlich ein paar Probleme mit ihrem Dienstwagen. Welch ein Drama und welch eine Empörung in der politischen wie in der medialen Landschaft. Ich will diese „Unpässlichkeit“ von Frau Schmidt in Sachen guter Stil oder Fingerspitzengefühl nicht weiter kommentieren. Aber können Sie sich vorstellen, dass es auch bei uns so etwas wie Dienstwagenaffären oder -affärchen gibt und gab? Dass der eine oder andere dörfliche oder städtische Dienstwagenfahrer mit einem gewissen Hang zu feudaler Selbstgefälligkeit nicht auch gelegentlich mit seiner Nobelkarosse privat durch die Lande kutschiert, es muss ja nicht gleich nach Spanien sein.

Erinnern Sie sich noch an Buko oder Bonzo? Buko und Bonzo waren Hunde, Boxer, unseres allseits verehrten früheren Bürgermeisters Herbert Schäfer. Und beide waren mit Herrchen nicht nur auf Dienstreisen unterwegs. Schäfer – einen lieben Gruß nach oben – pflegte wie selbstverständlich seinen

Fahrer K. (Kammer) jederzeit zu dienstlichen und weniger dienstlichen Zielen zu beordern, des Abends vorzugsweise mit seinem Boxer. Wer hätte damals nur im Entferntesten daran gedacht, die mit „Wirtschaftsinteressen“ begründeten Ausfahrten des sehr populären Rathauschefs zu kritisieren? Der volkstümliche Mann mischte sich nur unters Volk, na und? Kein Mensch hätte ihm daraus einen Strick drehen wollen; Kritik an der Selbstherrlichkeit oder besser: Selbstverständlichkeit des Rathauschefs wäre als kleinkariert empfunden worden. Ein Denkmal pinkelt man wegen lässlicher Sünden nicht an. Zumal bei uns in der Provinz gilt: Man muss die Kirche im Dorf lassen.

Damit wir uns nicht missverstehen: Dies soll kein Freibrief für Amtsmissbrauch oder ungehörige Vorteilsnahmen sein. Da hat der Journalist seines Amtes zu walten und die Dinge beim Namen zu nennen. Der Grad einer Unregelmäßigkeit bestimmt wie in der Medizin auch die journalistische Dosis für eine therapeutische Maßnahme; es muss ja nicht gleich ein plumper publizistischer Einlauf sein, eine stichelnde Glosse mit leichtem Florett ist wesentlich wirksamer – allerdings schwieriger zu formulieren.

Das Leben ist voller Versuchungen – so könnte man das nächste Kapitel überschreiben

Korruption ist ein schlimmes Wort. Es ist eine Handlungsweise, die unter Missachtung von Gesetzen und auf Kosten der Allgemeinheit zu individueller Bereicherung oder Vorteilsnahme führt. Korruption geschieht heimlich und freiwillig und unter Beteiligung zweier Parteien: einer bestechenden und einer bestochenen.

Seien wir ehrlich: So etwas gibt es in der Wetterau ja gar nicht, nicht unter Journalisten, Politikern, nicht im Sport oder in der Wirtschaft, allenfalls kennen wir das von Siemens oder VW. Und Vetternwirtschaft ist bei uns auch ein Fremdwort. Die Wetterau ist ja keine Bananenrepublik. Dass unser Altkanzler Kohl sich an sein Ehrenwort hält, das er seinen Millionenspendern gegeben hat, ist auch verständlich, nachdem ein Ehrenwort einmal so in Verruf geraten war. Es ist doch wohl ein Unterschied, ob die Kohle privat verbraten wird oder Löcher in der Parteikasse stopft.

Wie beispielsweise bei einem unserer Vereinsvorsitzenden, der in seiner Firma Gelder veruntreute und damit seine Fußballer bezahlte. Oder von einem Menschen in einer Führerscheinstelle, der sein teures Hobby finanzierte, indem er Ausländern preiswert zu Führerscheinen verhalf.

Offenbar kurz vor der Pleite stand ein Geschäftsmann, der in der Redaktion auftauchte und sich bitterlich darüber beklagte, dass er bei einem öffentlichen Bauprojekt nicht berücksichtigt worden sei, obwohl er das günstigste Angebot abgegeben habe. Da muss doch Bestechung im Spiel sein, nach dem alten Motto: Wer gut schmärt, der gut fährt. Der Mann musste es wissen; er gab zu, dass er selbst in der Vergangenheit die öffentlichen Planer mit diversen Geschenken bedacht hatte, mal war's ein Solarium, mal eine Heimsauna oder ein TV-Gerät. Diesmal schaute er in die Röhre. Also hat da doch da ein anderer nachgeholfen, um den Auftrag zu erhalten, vielleicht mit einer Stereoanlage oder mit einer Waschmaschine? Der abservierte Spendieronkel war bereit, den korrupten Zirkel in der Baubehörde aufliegen zu lassen. Hat er aber nicht, denn dann wäre er selbst am Kanthaken der Justiz gelandet – das musste ich dem Naivling ja fairerweise sagen. Die Geschichte erblickte nicht das Licht der Öffentlichkeit.

Wenn Sie auch diese Geschichte nicht glauben, vielleicht interessiert Sie diese. Beim Durchsehen meiner Kontoauszüge bemerkte ich einmal eine größere Summe, die mir gutgeschrieben worden war. Unerklärlich, wohl ein Irrtum bei einer Buchung. Und es war wirklich eine Fehlbuchung. Der Mensch, der das Geld überwiesen hatte und den die Bank darüber befragte, meinte unwissend, da müsse tatsächlich ein Irrtum vorliegen, seine Buchhaltung habe sicherlich etwas verwechselt. Kann ja mal passieren. Komisch, dass der Mann mich vor dem Überweisungsirrtum um einen etwas unchristlichen Gefallen bei der Behandlung einer unsauberen Transaktion gebeten hatte. Die Story erschien dann so, wie wir das für geboten hielten, ein anwaltlicher Brief mit wenig freundlichen Worten folgte. Das Schreiben beeindruckte wenig, die finanziellen Folgen waren aber schmerzlich. Ich meine nicht mein Konto – der Falschbucher stornierte unverzüglich seine Anzeigen bei der WZ.

Der Mensch ist schwach, der Journalist ebenfalls. Zuweilen ist es nur eine Frage des Geldes, um den Schwachen noch schwächer zu machen. Sie erinnern sich sicher noch an Doc Schneider, den Baulöwen, der die schönsten Gebäude vornehmlich im Osten errichtete und sanierte, dabei aber jegliches Maß verlor und hinter Gittern landete. Für eine Großbank waren es Peanuts, die den Bach runter gingen, für manche Handwerker bedeutete es den Ruin. Und für einige Journalisten bedeutete es das Ende ihrer Karriere, als die Sache aufflog. Allein an einen Stern-Journalisten hatte Schneider für einen Jubelartikel 450 000 Mark gezahlt, das ist ja wirklich Geld.

Solche – ich sag mal – Einzelfälle führen zu der Frage: Sind die Deutschen korrupter als der Rest der Welt? Vermutlich nicht. Möglicherweise tun sie aber weniger gegen Filz, Lobbyismus und Bestechung. Wie kürzlich berichtet wurde, werden die kumulierten Kosten der Korruption in Deutschland im vergangenen Jahr auf bis zu 295 Milliarden Euro geschätzt. Wenn sich Firmen Aufträge durch Bestechung erschleichen, gehen ehrliche und effizientere Konkurrenten leer aus und rutschen sogar in die Pleite. In manchen Verwaltungen hat man hierzulande aus leidvoller Erfahrung das Vieraugenprinzip eingeführt, es entscheiden also immer zwei über eine Auftragsvergabe. In anderen Ländern ist man längst weiter. Bürger dürfen die Akten der Verwaltung einsehen und damit auch persönlich überprüfen, ob etwa bei der Vergabe von Aufträgen alles mit rechten Dingen zugeht.

Ein spannendes Thema ist in diesem Zusammenhang der Lobbyismus, der auf unserer unteren politischen Ebene nur eine untergeordnete Rolle spielt – oder spielen soll. In Berlin freilich gehen tausende, wirklich tausende, von Lobbyisten aus Verbänden und Unternehmen im Bundestag ein und aus, um unsere Abgeordneten mit ihrem, sagen wir mal, Spezialwissen zu füttern und damit ihre Entscheidungen zu erleichtern. Da fließt auch Geld, in Form von Parteispenden oder Beraterhonoraren oder für Dienste in Aufsichtsräten. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, ein Schurke, der von Korruption spricht.

Wie wir gerade in der vergangenen Woche gehört haben, hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil bestätigt, dass Bundestagsabgeordnete grundsätzlich ihre Nebeneinkünfte offenzulegen haben. Anders als in den Regeln des Bundestags zu Nebeneinkünften gefordert, wollte Ex-Innenminister Otto Schily dem Bundestagspräsidium nicht seine Mandate und die zugehörige Vergütung aufschlüsseln. Unter anderem ging es hier um ein vermutetes Beraterhonorar des Siemens-Konzerns in Höhe von 140 000 Euro.

Unabhängig von diesem Urteil sollen die Regeln des Bundestags über die Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften nun nachgebessert werden: Kritiker bemängeln, die Regeln würden nicht wirkungsvoll kontrolliert. Für Schily hat das Urteil keine Konsequenzen: Er muss sich im Nachhinein nicht mehr offenbaren, und die vom Bundestagspräsidenten verhängte Ordnungsstrafe wird auch nicht fällig.

Ob Politiker, die gegen Honorar Konzerne oder Verbänden beraten, in ihren Entscheidungen völlig frei sein können, mag jeder für sich beantworten.

Wo hört die anrühige Gefälligkeit auf, wo fängt sie an? Die Grenzen kann man durchaus unterschiedlich ziehen. Ich erzähle Ihnen mal die Geschichte eines Obermeisters der Metzgerinnung, der gelegentlich in der Redaktion aufkreuzte mit einem Bericht über die Jahreshauptversammlung oder ein Anliegen seiner Innung. Jedes Mal verlieh er seinem Wunsch nach Bearbeitung und Veröffentlichung dadurch Nachdruck, dass er mehrere Kringel Fleischwurst in die Redaktion schleppte, preisgekrönte, leckere Wurst. Nur wer böse denkt, wird diese Verköstigung in die Nähe eines Bestechungsversuches bringen. Gleichwohl muss ich einräumen, dass der Geschmacksnerv einen kleinen Einfluss ausgeübt hat auf das Redigieren des Artikels. Der Schwabe spricht hier von „Geschmäcke“. Es ist aber nur ein Gerücht, dass ein besonders wurstgieriger Kollege gelegentlich beim Obermeister anrief und fragte, ob nicht wieder mal eine Innungsversammlung stattgefunden hätte.

Ich erinnere mich auch an die Zuwendungen unseres Energieversorgers, der früher bei der Jahresabschlussversammlung nicht nur die Verbandsmitglieder mit Toastern, Haartrocknern, Eierkochern oder anderen elektrischen Kleingeräten beglückte – dies möglicherweise, um die Verbandsmitglieder und Journalisten in irgendeiner Form in eine positive Adventsstimmung zu versetzen. Was die Journalisten betrifft, hatte die vorweihnachtliche Bescherung ein Ende, als in der WZ ein Artikel erschien, in dem die hohen Strompreise des Versorgers kritisiert wurden. Die Sache hatte Folgen: Der mit unserem Verlagschef befreundete technische Direktor machte seinem Unmut Luft, ich musste zum Rapport beim Chefredakteur. Als dieser mir sagte, wenn er eine solche Gewinnspanne hätte wie der Energieversorger, könnte er sich bald zur Ruhe setzen. Damit war ich vor dem elektrischen Stuhl des Stromanbieters gerettet. Die jahresabschlussmäßige Beschenkung der Journalisten wurde allerdings eingestellt. Die Strompreise wurden nach dem WZ-Bericht, an dem es nichts zu deuten gab (außer einem gewissen Maß an Polemik, ich geb's zu), nach einer gewissen Schamfrist gesenkt.

In diesem Zusammenhang möchte ich weitere Fragen stellen, die den Ruf einer Backschischgesellschaft oder Vetternwirtschaft nähren könnten. Aber eigentlich entzieht es sich meiner – und sicher auch Ihrer – Vorstellungskraft, dass die folgenden Fragen mit Ja zu beantworten sind:

— Kann es sein, dass etwa einem Landwirt Ackerland verkauft wird, das später mit erheblichem Gewinn als Bauland genutzt werden darf?

— Kann es sein, dass ein Bürgermeister einem Großunternehmen bei der Ansiedlung mit günstigen Konditionen behilflich ist und er beim Ausscheiden einen lukrativen Beratervertrag von der Firma erhält?

— Halten Sie es für möglich, dass ein Politiker vorzüglich deshalb im Bauausschuss tätig ist, um möglicherweise bei einem Grundstücksverkauf notariell tätig werden zu können?

— Ist es denkbar, dass ein beschlossener Bebauungsplan vom Bürgermeister eigenmächtig geändert wird, um seinem Filius einen finanziellen Vorteil zu gewähren?

— Ist etwas dagegen einzuwenden, wenn etwa Bürgermeister oder überhaupt hauptamtlich tätige Politiker samt Anhang zu „Dienstreisen“ eingeladen werden, von welchem Unternehmen auch immer, wobei die Bezeichnung Dienstreise übertrieben ist und eher als Lustreise benannt werden könnte?

Ich weiß, das sind ketzerische Fragen, vielleicht gab es diese Fälle auch gar nicht, oder sie bewegten sich Rahmen der Legalität. Das dringende Gebot für Politiker, auch nur den Anschein einer Schweinerei zu vermeiden, findet aber nach meiner Erfahrung in vielerlei Hinsicht immer weniger Beachtung.

Und auch Journalisten sollten nicht so tun, als ob sie mit Unschuldswasser getauft und gegen fragwürdige Gefälligkeiten immun seien. Für sie gibt es gesonderte Tarife, ob beim Handy, beim Autokauf oder bei Reisen. Mit dem Erreichen des Rentenalters fallen diese zuweilen erheblichen Vergünstigungen interessanterweise weg. Warum wohl?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

erinnern Sie sich noch an einen Landrat, der wegen einer bezahlten Ferienreise – ich glaube, es war wegen 700 Mark – aus dem Amt befördert wurde? Er tut mir heute noch leid. Vermutlich wäre es nie so weit gekommen, wenn die Müllumladestation, um die ging es damals, einwandfrei funktioniert hätte und wenn es beim Bau nicht zu einem mysteriösen Todesfall gekommen wäre. Kein Landrat lässt sich wegen 700 Mark, heute 350 Euro, also wirklich wegen Peanuts, korrumpieren. Es ist eine alte Geschichte, längst abgehakt, die aber möglicherweise die Geschichte des Wetteraukreises nachhaltig beeinflusst hat, weil es ja in der Folge zwangsläufig politische Wechsel an der Kreisspitze gab. Ein Beispiel, wie Geschichten Geschichte machen.

Die Provinzhäuptlinge und die Wahrheit

In der Bedrängnis politischer Auseinandersetzung kann es durchaus vorkommen, dass es ein Hauptdarsteller auf unserer Bühne bei der

Schilderung von Sachverhalten an Genauigkeit fehlen lässt. Das kann verschiedene Beweggründe haben und kommt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens vor – manchmal auch in der Politik.

Stellen Sie sich vor, ein politischer Provinzfürst behauptet öffentlich, wegen eines umstrittenen Bauprojektes niemals mit dem Investor Müller-Schneider-Schulze verhandelt zu haben. Stellen Sie sich weiter vor, einige Tage später meldet sich ein Manager des Unternehmens, er könne uns sagen, wann, wo und mit wem der Mann mit dem Unternehmen über das Projekt gesprochen habe. Der Manager hatte nichts zu verlieren, man hatte ihn gefeuert. Und er war bereit, Milch zu geben, Vollmilch. In solchen Fällen laufen gebotenermaßen weitere Recherchen an – von denen irgendjemand Wind bekam. Bei unserer Nachfrage hatte der Manager plötzlich Erinnerungslücken und versicherte treuherzig, er habe doch nie mit uns gesprochen. Spätestens dann ist die Story tot.

Wie sich übrigens herausstellte, wurde der Manager, bevor er uns informieren konnte, auf einen anderen Posten „befördert“. Pech für uns, der angenommene oder offensichtliche Konflikt des Provinzfürsten mit der Wahrheit blieb ohne Folgen. Vielleicht waren die Umstände aber auch gar nicht so und der Politiker war sich völlig sicher, dass er die Wahrheit gesagt hat, auch eine taktische Notlüge wäre denkbar, und was heißt schon verhandeln, wenn es nur ein Gespräch von Tisch zu Tisch war. Auch Unwahrheiten sind relativierbar und sogar bis hin zur Wahrheit interpretierbar, wenn man die richtigen Formulierungen beherrscht oder sich in der juristischen Fakultät auskennt.

Der Journalist sollte sich dabei hüten, sich als moralische Instanz zu gebärden und den Zeigefinger zu heben. Er ist nicht ganz schuldlos an der derzeit beklagten Politikverdrossenheit, und er sollte begreifen, dass er oft nichts weiß über die politische Farbenlehre. Von dem Schriftsteller Umberto Eco stammt folgende Einsicht: *„Der Mensch hat angesichts der Probleme des Lebens den Wunsch, sofort zu wissen, ob sie schwarz oder weiß sind... Aber das gesamte abendländische Wissen lehrt uns – und das ist seine Größe –, dass es nie reine Schwarz-Weiß-Situationen gibt. Alles ist, in verschiedenen Abstufungen, grau.“*

Eco glaubt aber, dass es noch Jahrhunderte dauern wird, bis die Menschheit sich an die Einsicht gewöhnt, dass Schwarz und Weiß in der Natur nicht vorkommen und dass die ganze Welt eine Palette von Grautönen ist. Schöne Aussichten für eine neue Zeit der Aufklärung.

Zu unserer alltäglichen Politik gehören Wahrheit und Unwahrheit wie Ehrenworte (Barschel), Versprechen (keine Steuererhöhung) und Wortbrüche (Ypsilanti), daran haben wir uns gewöhnt. Deshalb muss Politik aber noch

lange nicht verlogen sein. Denn Politiker glauben, was sie uns sagen – weil sie es auch glauben wollen. Und sind im Normalfall routiniert genug, die Grenze zwischen Finesse, Halbwahrheit und Lüge zu kennen. Und sind sich auch sicher, dass ihre Wahrheiten genug Qualität haben, um sich von den Wahrheiten der Konkurrenz abzuheben. Wir Journalisten haben die Aufgabe, die Botschaften der Politiker unseren Leserinnen und Lesern so ausgewogen und wahrheitsgetreu zu vermitteln, dass sie sich ein Urteil bilden können. An einseitiger, halbwahrer Information kann einem aufgeklärten Leser nicht gelegen sein, er würde sich von Zeitung abwenden. Deshalb sind auch beispielsweise Parteiblätter von vorneherein zum Scheitern verurteilt – es sei denn, sie werden künstlich am Leben gehalten.

Die Zeitung und ihre Mitarbeiter

Eine wichtige Rolle im Lokaljournalismus spielen die freien Mitarbeiter, ohne sie wäre eine umfassende Berichterstattung nicht möglich. Es handelt sich dabei oft um Pensionäre, Studenten oder Leute, deren Beruf genügend Zeit lässt, um nebenher noch die Zeitung mit Berichten über eine Jahreshauptversammlung, einen Liederabend, die Einweihung eines Kindergartens oder die Ausweisung eines Naturschutzgebietes zu versorgen. Die Berufsgruppe der Beamten ist dankenswerterweise besonders stark unter den freien Mitarbeitern unserer Zeitung vertreten. Manche sind bereits mehr als fünfzig Jahre für die WZ tätig.

Redakteure können und müssen auch nicht immer vor Ort sein, ja, mitunter haben sie in der Tagesarbeit genug damit zu tun, die Artikel ihrer „Freien“ zu redigieren und, fein geordnet, layoutet, wie wir sagen, ins Blatt zu heben. Wie Sie wissen, ist den Redakteuren heute die zusätzliche, eigentlich berufsfremde Aufgabe zugefallen, Seiten zu gestalten inklusive der Bearbeitung und Platzierung von Bildern. Früher waren die Setzer für diese Arbeit zuständig. Spötter behaupten, sie – die Redakteure – füllten ja ohnehin nur den Raum, der zwischen den Anzeigen übrig bleibt. Der Redakteur hat jedenfalls tagtäglich auch damit zu tun, den Platzzwängen durch Beschränkung der Zeilen oder Verkleinerung von Bildern Rechnung zu tragen. Hier entstehen Konflikte mit Mitarbeitern.

Dass in der Kürze die Würze liegt, glauben wir alle zu wissen, jedoch besteht dabei die Gefahr, dass komplexe Sachverhalte nicht ausreichend dargestellt und vermittelt werden können. Diese Flüchtigkeit beim Behandeln von Themen, insbesondere politisch relevanter, greift insbesondere in Massenmedien um sich, vorab im Fernsehen – während in der lokalen

Berichterstattung diese Entwicklung weniger exzessiv ist, aber auch erkennbar und notwendig.

Ich will meine Gedanken hierzu gar nicht weiter ausbreiten – ich mag da eine eher konservative Einstellung und bevorzuge Gründlichkeit –, sondern auf den unentbehrlichen freien Mitarbeiter zurückkommen und Ihnen, wie ich meine, zwei typische Spezies vorstellen, mit denen es unterschiedliche Auffassungen gab über Länge und Inhalt von gelieferten Artikeln. Zum einen war da ein sehr feinsinniger Herr, der in der Friedberger Burg in einer verwunschenen und mit Büchern vollgestopften Klausur residierte und uns regelmäßig mit wunderbar ausformulierten, feuilletonistischen Beiträgen beglückte. Darüber gab es stets interredaktionelles Haareraufen, denn ich musste den Poeten regelmäßig aufsuchen und um zügige Arbeit und christliche Länge bitten. Beides fiel dem Mann schwer. Drei Schreibmaschinenseiten sollte er für eine Sondernummer liefern, sieben wurden es, er arbeitete gründlich. Wie gesagt, er war ein sehr sensibler, lieber Mann, unaufdringlich und wenig selbstbewusst, und formulierte ein langatmiges, zweiseitiges Schreiben mit der untätigsten Bitte um Vergebung: „Ich versichere Ihnen, dass ich nicht mehr schreiben wollte als die drei erbetenen Schreibmaschinenseiten. Aber es ist nicht gelungen. Bitte entschuldigen Sie.“ Er war einer der gütigsten und ehrlichsten Menschen, die ich je kennengelernt habe. Kann man einem solchen Herrn böse sein, nein, man kann es nicht. Vermutlich sind Menschen dieser Art heute ausgestorben.

Ein charakterlicher Gegenentwurf war der andere Mitarbeiter, ein überaus intelligenter Mensch, einst hochqualifizierter Ingenieur, ein genialer Schreiber, der uns allerdings wiederholt mit seiner selbsterherrlichen Art und seinen absonderlichen Auffassungen quälte. Es musste irgendeinmal zum großen Zerwürfnis kommen, und es kam zum großen Knall, aus zweierlei Anlass. Einmal flocht er in den Bericht über einen Vortrag der Bad Nauheimer Volkshochschule über „Religionen und Weltanschauungen“ selbsterherrlich seine eigenen Sichtweisen ein und nahm willkürliche Verkürzungen vor, so dass sich VHS-Vorsitzender Dr. Bernhard Kopp zu einer Beanstandung genötigt sah.

——— Dr. Kopp? Viele erinnern sich an ihn, er war ein großartiger Lehrer an der ELS, der mich seinerzeit für Philosophie begeisterte. Insbesondere vertrat er auf dem Bad Nauheimer Außenseiterposten eine Gegenposition zur so genannten Frankfurter Schule um Adorno und Marcuse und sah bereits in den sechziger Jahren in seinen Büchern „Sozialismus und Liberalismus auf dem Weg zur Synthese“ und „Imperium Mundi – Idee einer Wiedervereinigung von Ost und West“ voraus, dass sich unsere Gesellschaft

entscheidend verändern würde. Verzeihen Sie meine kleine Exkursion an dieser Stelle, das war ich dem sehr verehrten Dr. Kopp schuldig. ———

Zurück zum bärbeißigen Mitarbeiter, der zu allem Überfluss den VHS-Vortrag samt eigener Meinung in indikativischer statt konjunktivischer Form wiedergab, somit gegen ein selbstverständliches journalistisches Gebot verstieß. Nach einem schriftlichen Monitum des Redaktionsleiters und Schulkameraden Werner Greb antwortete er in einer furiosen Replik, dass er nicht daran denke, sich zum Narren des – so wörtlich, ich haben den Brief noch – „Hossenschisser-Konjunktives“ zu machen. Der streitbare Mann fuhr fort: *„Heute trauen sich die Armleuchter nicht einmal, auch nur noch etwas zu meinen, sie würden allenfalls meinen – wir leben in einer heroischen Zeit“*. Und wegen des unpersönlich gehaltenen Briefes stellte er dem Redaktionsleiter und alten Duzfreund noch die rhetorische wie indiskrete Frage: *„Hast Du etwa einen Furz gefrühstückt?“*

Das Maß war endgültig voll, denn schon vorher hatte der Mitarbeiter nach einem Vortrag des Assenheimer Grafen zu Solms-Rödelheim über das deutsche Schützenwesen seinen Bericht folgendermaßen eingeleitet: *„Piff, paff, puff – seine Durchlaucht, Oberlaucht, Unterlaucht, Verlaucht und sonst wie Laucht haben geruht, einen Vortrag über das Schützenwesen zu halten...“*

Das war das Ende der Mitarbeit. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der seltsame, zwischen Genialität und Wahnsinn wandelnde Mann als armer Tor endete, weil er nackt über die Friedberger Kaiserstraße paradierte und dann auf der Polizeiwache um ein Gespräch mit Adolf Hitler nachsuchte. Aber das ist wieder eine andere Geschichte.

Hunderte von Mitarbeitern – vom Dr. phil. bis zur Hausmeisterin – haben meinen Weg gekreuzt, und Sie können mir glauben, es gäbe noch manche anekdotenhafte Geschichte über den einen oder anderen zu erzählen. Bedauerlich ist, dass am Ende meines Berufsweges die persönlichen Begegnungen mit Mitarbeitern immer seltener wurden, eine Folge der elektronischen Kommunikation, die den Transport von Nachrichten, Bildern und Geschichten zwar beschleunigt und vereinfacht, das Zeitungsgeschäft aber auch seelenloser macht.

Ich komme fast zum Schluss. Ich habe Ihnen einige Geschichten erzählt und Gedanken ausgebreitet, die möglicherweise des Verweilens oder Reflektierens nicht würdig waren, andere, die im Nachklang und heutigen

Überdenken eine neue Bedeutung erlangt haben, aus denen wir Nährstoffe zur Ausweitung unseres gesunden Menschenverstandes ziehen könnten. Was die Fähigkeit des Menschen betrifft, aus der Vergangenheit zu lernen, bin ich aber eher ein Pessimist. Schauen Sie sich um in der großen Welt – und auch in der kleinen. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die politischen und gesellschaftlichen Krankheiten von gestern zu Gesundheit von morgen führen könnten. Üben wir uns in Genügsamkeit, was den wie auch immer so genannten Fortschritt betrifft.

Einer meiner frühen Lehrer in der politischen Redaktion, Hermann Lang, gab mir als Richtschnur mit auf den Weg, bei der Beurteilung der Hauptdarsteller auf diesem Erdenkloß keine allzu hohen Maßstäbe anzulegen; man sollte schon zufrieden zu sein, wenn die handelnden Personen die größten Fehler vermeiden könnten. Urteilen Sie von Fall zu Fall selbst, ob unsere Groß- und Kleinfürsten diesem nicht sehr anspruchsvollen Ansatz gerecht werden oder ihr Trachten nicht vorzüglich dem Quantitativen, der Maßlosigkeit gilt, dem atemlosen Fortschrittsglauben.

Mehr Bescheidenheit scheint mir auch für Journalisten geboten zu sein. Sie sind glaubwürdig, wenn sie sich nicht für so wichtig halten. Was stellt ein Zeitungsmann schon her? Papier – das darauf Gedruckte hat ein Verfallsdatum von einem Tag. Dann taugt die Zeitung nur noch als Einwickelpapier für die Fischfrau.

Ich komme endgültig zum Schluss. Bei meiner Verabschiedung als Redaktionsleiter hatte Freimut Freiherr von Schenck gewiss recht, als er mein nicht immer leicht zu beherzigendes berufliches Lebensmotto erwähnte, das an meiner Pinnwand aufgespießt war und das ich Ihnen empfehle, auch für den bisweilen schwierigen Umgang mit uns Journalisten:

*Mit Sinn für Humor ist es leichter,
das Unpassende zu übersehen,
das Unübliche zu verstehen,
das Unangenehme zu tolerieren,
mit dem Unerwarteten fertig zu werden
und das Unerträgliche zu überstehen.*

Ich kann Ihnen sagen, dass es sehr erstrebenswert und nervenschonend ist, nach dieser Devise den Geschichten des Lebens zu begegnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

